

Die Integrationsverhandlungen und
das Problem der Kontakte mit der öffentlichen Meinung

Die Verhandlungen zerfallen bekanntlich in zwei Phasen: in Erkundungsgespräche mit der EWG-Kommission, die beiden Seiten einen konkreten Begriff der Möglichkeiten und Grenzen einer Vereinbarung vermitteln sollen, gefolgt von eigentlichen Verhandlungen, die auf den Abschluss eines Abkommens gerichtet sind.

Schon jetzt ist vorgesehen, nach dem Ende der Explorationsrunde Parlament und Öffentlichkeit über das Ergebnis zu orientieren und eine parlamentarische Aussprache zu pflegen. Das aus den Verhandlungen hervorgehende Abkommen wird aller Voraussicht nach intern-schweizerisch in die Gestalt eines Verfassungsgesetzes gekleidet und damit der Genehmigung von Volk und Ständen unterbreitet werden.

Während der ganzen Dauer der eben skizzierten Prozedur wird sich das Problem der Kontakte mit allen Schichten der öffentlichen Meinung stellen. In diesem Zusammenhang ist von folgenden Elementen auszugehen:

1. Obwohl die europäische Integration seit anderthalb Jahrzehnten Presse und Massenmedien beschäftigt, ist unser Volk - unabhängig vom Bildungsgrad! - über die ganze Problematik (nicht zuletzt weil sie unvermeidlicherweise in juristisch-technischem Gewande auftritt) sehr schlecht orientiert. Als erste stellt sich somit eine Erziehungsaufgabe. Der Bürger sollte wissen, worum es sich bei dem

- 2 -

von ihm mitzutreffenden Entscheid handelt; dies ist aber nur möglich, wenn er die Sprache versteht, in der die Integration "gesprochen" wird. Er muss wissen, was eine Zollunion, was eine Freihandelszone ist; er muss über die Rolle des GATT aufgeklärt werden, zur Kenntnis nehmen, was eine GATT-konforme Lösung ist und warum wir eine solche Lösung suchen. Die Grundstruktur unseres Aussenhandels muss ihm vor Augen geführt werden; er sollte darüber orientiert sein, welches die Bedeutung des Gemeinsamen Marktes für unseren Aussenhandel ist, woher unsere Einfuhren kommen und wohin unsere Ausfuhren gehen, wo unsere Interessen mit Bezug auf die übrigen - gegenwärtigen und künftigen - Betätigungsfelder der EWG liegen usw. usw.

Fragen: In welcher Form und in welchem Umfang ist diese "Erwachsenenbildung" durchzuführen? Durch Vorträge und Abhandlungen? Durch intensive Benutzung der Massenmedien, z.B. regelmässige, alle zwei oder vier Wochen stattfindende Sendungen am Radio und Fernsehen, durch die ebenso regelmässige Bereitstellung von sogenanntem Presserohstoff für die Zeitungen? Durch die Herausgabe einer Art "Integrationsfibel"? Ist dieser Bildungsprozess durch die Behörden aktiv in Angriff zu nehmen oder sollen sie sich darauf beschränken, Informationen und Dokumentationen auf Wunsch zur Verfügung zu halten? Zu denken ist namentlich an die Scheu eines in seinem Beruf seinen Mann stellenden Bürgers, zuzugestehen, dass seine Begriffe vom Integrationsproblem äusserst rudimentär und

- 3 -

darüber hinaus wahrscheinlich falsch sind. Hier ist auch zu überlegen, ob wir unsere Aktionen je nach der Bevölkerungsschicht differenzieren sollen, denen der Adressat angehört (Wirtschaftsführer, Gewerkschaften, freie Berufe und der "Mann auf der Strasse"). Nachdenklich stimmt, dass wir uns die Aufklärung der Oeffentlichkeit über die schweizerische Integrationspolitik eigentlich von jeher haben angelegen sein lassen - durch behördliche Reden und Erklärungen sowohl als durch die stete Bereitschaft, auf Wunsch Auskunft zu erteilen - , dass die Ignoranz des Publikums aber dennoch weitgehend fort dauert.

2. In zweiter Linie stellt sich eine taktische Frage. Soll die Aufklärung der Oeffentlichkeit ab sofort intensiviert werden, oder haben wir ein Interesse daran, mit Rücksicht auf eine diskrete, von äusseren Einflüssen möglichst freie Atmosphäre während der Erkundungsgespräche und der Verhandlungen das Publikum eher sparsam zu orientieren? Was ist das geringere Uebel: während der ganzen, voraussichtlich recht langen Verhandlungsdauer eine Flut von Kommentaren, die wir durch unsere Aufklärungstätigkeit selbst provoziert haben und die darum auf einigermaßen soliden sachlichen Fundamenten ruhen werden; oder aber vielleicht ebenso zahlreiche Äusserungen in Presse, Radio und Fernsehen, welche die Bildner der öffentlichen Meinung sich, wie sie eben können, zusammenkombinieren, die wir dann aber als nicht authentisch und unter Verweis auf das

- 4 -

Verhandlungsgeheimnis beiseite zu schieben versuchen werden?

3. Auf jeden Fall muss die Grenze unserer Informationswilligkeit da liegen, wo die Interessen der Verhandlung Diskretion gebieten. Wie weit aber hat diese Diskretion zu gehen? Könnte man sich denken, dass wir gegenüber einem Kreis von Vertrauenspersonen - Spezialisten der Meinungsbildung - offener sind, aber unter der Voraussetzung, dass sie nicht alles schreiben, sagen oder senden, was sie wissen? Dies wirft die weitere Frage auf - sie ist organisatorischer Natur - ob wir nicht gut daran tun würden, eine Art Informationskomitee für Fragen der Integration zu bestellen. Es könnte aus Vertretern der Arbeitsgruppe für Historische Standortsbestimmung, prominenten Parlamentariern und Journalisten zusammengesetzt sein und würde je nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat, tagen.
4. Zusammenfassend lässt sich die Hauptschwierigkeit des Unternehmens wie folgt umschreiben: Sie liegt in dem Widerspruch zwischen dem staatsbürgerlich hochwichtigen, aber überaus komplexen, von der Definition und der Substanz her schwierigen und daher für die meisten, Erholung und Entspannung suchenden Zeitgenossen ausgesprochen langweiligen Gegenstand und, auf der andern Seite, den mehr und mehr von den Massenmedien geprägten Methoden der Publikumsaufklärung, die, von einer Anzahl ~~ruh~~licher Ausnahmen abgesehen, mit Rücksicht auf die "Kundschaft" ganz auf Vereinfachung, Vergröberung und damit Verfälschung ausgerichtet sind.

15. Oktober 1970